

## Gewerkschaftsforum Hannover:

Der folgende Artikel erschien in gekürzter Form (5.422 Zeichen) in der „jungen Welt“ ([www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)) vom **11.10.2008** – allerdings nur für Käufer und Abonnenten zugänglich. Wir freuen uns, hier die komplette Originalversion (6.407 Zeichen) präsentieren zu können.

# „Hehler“ unter Druck

**Finanzkrise erreicht den Standort Schweiz. Wackelige Großbanken, Steuerausfälle und sinkende Industrieproduktion führen zu allgemeiner Verunsicherung.**

**Waldemar Bolze**

In der Schweizer Unternehmerwelt führt die Zuspitzung der internationalen Finanzkrise zu erstaunlichen Erkenntnissen: *„Die Realwirtschaft ist in Geiselschaft der Finanzwirtschaft und ihrer Habgier geraten und hat diese Gaunerei auszubaden“*, wütete Edgar Oehler, Chef des Thurgauer Bauausrüsters Arbonia Forster (AFG) in der *„Neuen Zürcher Zeitung“* vom 28. September. Beileibe keine Einzelmeinung. Auch der Präsident des Industrieverbandes Swissmen, Chef des Maschinenbaukonzerns Ammann Group und FDP-Nationalrat Johann Schneider-Ammann stellt fest: *„Egoismus und Geldgier führen in Katastrophe.“* Eine späte Bestätigung für den prominenten Sozialisten Jean Ziegler, der schon vor Jahren die helvetischen Banker als *„die Hehler der Imperialisten“* brandmarkte.

Lange hatten Medien, Politiker und Banken versucht, die Lage schönzureden. Damit ist es seit einigen Tagen vorbei. Kein Wunder: Der Schweizer Aktienindex SMI ist binnen Jahresfrist von 9.243,8 auf 6.073,5 Punkte (Stand: 8.10.2008) abgestürzt und hat damit mehr als ein Drittel seines Wertes verloren. Die Großbanken UBS und Credit Suisse, die 40% des heimischen Marktes abdecken, gehören zu den großen Verlierern der Krise. Mit Abschreibungen von bislang 38 Milliarden Dollar, liegt die UBS in der Weltrangliste der Abschreibungschampions hinter Citigroup und Merrill Lynch (55 bzw. 52 Mrd.\$) und noch deutlich vor den angeschlagenen bzw. bereits kollabierten Instituten HSBC und Wachovia auf Platz 3. Ihr Zusammenbruch konnte nur den Einstieg des Singapurischer Staatsfonds verhindert werden. Folgerichtig sah die *„Frankfurter Allgemeine“* bereits am 22. September in einem Leitartikel den *„Bankenplatz Schweiz im Härtesten“* und konstatierte *„Handlungsbedarf“*. So sollen die Gehaltssysteme der Manager *„überprüft“*, die Anreize *„langfristiger“* angelegt und die Kapitalausstattung der Banken verbessert werden. *„Es wäre eine Illusion, zu glauben, die heraufziehende Flaute jenseits des UBS-Debakels könnte allein mit Überwinterungsmaßnahmen bewältigt werden.“*

Ein weiterer Einbruch in diesem Sektor, in dem Che Guevara einst das *„Gehirn des Monstrums“* sah, hätte nicht nur einen massiven Imageschaden zur Folge. Immerhin sind in der 7,6 Millionen Einwohner zählenden Schweiz 110.000 Menschen allein bei

den Banken beschäftigt, die knapp zehn Prozent zum Bruttoinlandsprodukt und 16 Prozent zum Steueraufkommen beitragen. Insgesamt wird hier ein in- und ausländisches Geldvermögen von mehr als 3 Billionen Euro verwaltet – das Zehnfache des BIP. In Zürich führt die Finanzmarktkrise bereits jetzt zu Steuerausfällen von 600 Millionen Franken (400 Millionen €) und zu Haushaltslöchern von jeweils knapp 200 Millionen sFr in den Jahren 2009 und 2010. Wie groß die Verunsicherung in der Banken- und Versicherungsmetropole ist, zeigt einerseits die Absatzbewegung der superreichen Klientel von UBS und Credit Suisse hin zu kleineren Privatbanken und Vermögensverwaltern sowie die Reaktion darauf. Auf den Netto-Geldzufluss der Zürcher Kantonalbank (ZKB) von 8,5 Mrd. Franken binnen weniger Wochen angesprochen, zeigt FDP-Kantonsrat Hans-Peter Portmann (ein Bankdirektor) unterschwellige Panik: „*Selbst Festgelder seien angesichts der sich häufenden Kollapse von Finanzinstituten nicht mehr sicher. Anlagen mit bestem Rating könnten über Nacht verseucht sein.*“ (NZZ 1.10.2008)

Grüne und Sozialdemokraten haben daher eine außerordentliche Parlamentssitzung durchgesetzt. Die mitregierende SP will einen „*starken Staat, der der Marktwirtschaft Schranken setzt und auch selber als wirtschaftlicher Akteur auftritt*“. Der Crash an der Wall Street komme „*einer Bankrotterklärung des Neoliberalismus gleich*“. Ein Grund zur Freude sei das aber keineswegs, „*schließlich haben wir alle die Konsequenzen zu schultern*“, meint ihr Parteichef Christian Levrat verantwortungsbewusst und fordert den Kapitalschutz je Anleger von heute 30.000 Franken (20.000 Euro) auf 100.000 sFr (ca. 66.000 €) zu erhöhen.

Noch weiter geht der 1996 gegründete rot-grüne Gewerkschaftsbund Unia, der am 7. Oktober ein Sechs-Punkte-Programm präsentierte, in dem neben der inzwischen erfolgten Zinssenkung durch die Schweizer Nationalbank (SNB) eine Konjunktur fördernde Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand gefordert wird. Im Einzelnen handelt es sich um eine „*substanzielle Erhöhung der Löhne*“, die den Prognosen zufolge 2008 und 2009 real nur um je 0,2% steigen werden, um ein Einfrieren der Strompreise, die Versteuerung von Managergehältern oberhalb einer Millionen sFr als Unternehmensgewinne und eine Reduzierung der Hypothekenzinsen zur Entlastung der Mieten. Vorschläge, die das Gros der Regierungsparteien und die vor einem Jahr in die Opposition gedrängte rechtspopulistische Schweizer Volkspartei entschieden ablehnt. Ausgerechnet Blochers SVP, sonst nie um demagogische Sprüche verlegen, warnt jetzt vor „*Panikreaktionen*“ und hält eine Erhöhung der Sparerschutzes für nicht notwendig. Offenbar hat hier vorerst der Neoliberalismus über den Populismus gesiegt.

Das könnte sich für die erfolgverwöhnten Rechtsaußen als gravierender Fehler erweisen, denn die Konjunkturforscher der ETH Zürich prognostizieren der Schweiz ein Ende des 2004 begonnenen Wachstumszyklus. Für Ende 2008 / Anfang 2009 wird mit einer „*milden, kurzen Rezession*“ gerechnet. Dabei gehen die Auguren allerdings davon aus, dass die USA dank staatlicher Eingriffe und großer Liquiditätszufuhr „*den Tiefpunkt bereits hinter sich gelassen haben*“. Eine These, die nicht nur von der NZZ in Frage gestellt wird. Dem repräsentativen Einkaufsmanger-Index (PMI) von Credit Suisse zufolge zeigte die eidgenössische Industrie im September weitaus stärkere Abkühlungstendenzen. Demnach gab die Produktion um 8,1 auf 43,1 Punkte nach und lag damit auf dem tiefsten Stand seit Juni 2003. Eine erste Reaktion auf die nachlassende Nachfrage aus den Hauptabnehmerländern Deutschland (20,3%), USA (9,7%), Italien (8,9%), Frankreich (8,8%) und

Großbritannien (5,1%).

Auch wenn keine Entlassungswelle erwartet wird und die Arbeitslosenquote bis 2010 nur von 2,5 auf 3,1% steigen soll, hat die Stadt Zürich schon mal vorgesorgt: Trotz Haushaltslochs werden 49 neue Stellen für den Ausbau der Sozialhilfe geschaffen. Die Ordnung soll schließlich gewahrt bleiben.

**Vorbemerkung: Gewerkschaftsforum Hannover**

Kontakt: [gewerkschaftsforum-H@web.de](mailto:gewerkschaftsforum-H@web.de)